Marburger Bündnis

„Nein zum Krieg!“

2 Positionen zum Krieg zwischen Palästina und Israel

Anlässlich der Gewaltexplosion im israelisch-palästinensischen Konflikt erklärt der Bundesausschuss Friedensratschlag in einer ersten Stellungnahme:

Zum israelisch-palästinensischen Konflikt

Der Angriff der Kassem-Brigaden aus dem Gazastreifen auf Israel füllt die Schlagzeilen. Wie im Ukraine-Krieg wird er als überraschend, unprovoziert und brutal dargestellt, und wieder ist die deutsche Außenministerin eine der ersten, die einer der Kriegsparteien die uneingeschränkte Solidarität verspricht. Doch der Angriff hat eine Vorgeschichte, die in der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik israelischer Regierungen seit 1967 zu suchen ist und immer wieder zu Gewaltausbrüchen zwischen den Konfliktparteien führte. Versuche, den Konflikt durch eine Zwei-Staaten-Lösung zu entschärfen, wurden von israelischer Seite wieder und wieder blockiert.

Entwicklungen, die eine Annäherung von einzelnen arabischen Staaten und Israel anbahnen und die Interessen der Palästinenser dabei übergehen, sowie die gewaltsame Besatzungspolitik der derzeitigen rechtsradikalen Netanjahu-Regierung, die seit Jahresbeginn etwa 300 palästinensische Todesopfer im Westjordanland forderte, bilden den provokatorischen Hintergrund für den Angriff aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium.

Erst am Vorabend des Angriffs hatten israelische Siedler zum wiederholten Mal und unter dem Schutz der Armee die Kleinstadt Huwara in einem pogromähnlichen Überfall angegriffen und einen 16jährigen getötet. Der israelische Finanzminister Betalel Smotrich hatte angekündigt, die Stadt auslöschen zu wollen. Ohne die Asymmetrie von Gewalt und Gewaltanwendung in diesem Konflikt zu benennen und zu bekämpfen, wird eine Lösung nicht möglich sein.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag kritisiert die Haltung der Bundesregierung, in dieser eskalierenden Situation einseitig auf das Recht Israels auf Selbstverteidigung im Rahmen der deutschen Staatsräson für Israels Sicherheit zu pochen: Die israelische Regierung hat ein Bombardement des Gazastreifens begonnen, den kriegsgeschundenen Menschen im Gazastreifen den Strom abgeschaltet sowie den Import aller Güter inklusive Kraftstoff blockiert und einen langen Krieg angekündigt. Meldungen, dass auch die Spannungen an der Nordgrenze Israels zunehmen und der Eintritt der Hisbollah in den Konflikt im Raume steht, sollten doch eigentlich dazu führen, dass die Bundesregierung die Konfliktparteien insgesamt zu Zurückhaltung und Mäßigung aufruft. Der im Koalitionsvertrag festgelegte Vorsatz, sich für eine Zweistaatenlösung einsetzen zu wollen, harrt mehr denn je der Umsetzung. Die Sicherheit Israels ist erst dann gewährleistet, wenn eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt ist.

Wir verlangen, dass sich die Bundesregierung sofort für einen Stopp der Kampfhandlungen und der Aufhebung der Blockade des Gazastreifens einsetzt, alle verfügbaren diplomatischen Kräfte mobilisiert und endlich den Verhandlungsweg zu einer Zwei-Staaten-Lösung nachhaltig fördert.

Berlin/Kassel, den 9.10.2023

s. Rückseite

v.i.S.d.P.: *antikriegsbuendnismarburg.de* *21.10.2023*

Marburger Bündnis

„Nein zum Krieg!“

2 Positionen zum Krieg zwischen Palästina und Israel

Statement des Netzwerk Friedenskooperative vom 11. Oktober 2023 zur Lage in Israel und Palästina; Erklärung des Netzwerk Friedenskooperative vom 11. Oktober 2023

Für ein Ende der Gewalt und eine Rückkehr zu mehr Menschlichkeit

Das Netzwerk Friedenskooperative verurteilt den Angriff der Hamas auf die Menschen in Israel und ruft alle Akteur*innen zur Deeskalation auf. Die Bilder und Ereignisse erfüllen uns mit großer Trauer. Bereits jetzt gibt es auf beiden Seiten mehrere hundert Tote zu beklagen und in den nächsten Tagen wird diese Zahl noch weiter steigen.

Es gilt, wie für alle bewaffneten Konflikte, dass Zivilist*innen nicht angegriffen, entführt und ermordet werden dürfen. Nichts rechtfertigt diese Gewalt.

Gleichzeitig erschüttert uns die Reaktion Israels gegenüber den Palästinenser*innen, insbesondere in Gaza. Die vollständige Blockade Gazas wird katastrophale humanitäre Konsequenzen haben.

Auf Gewalt folgt immer Gewalt und somit entsteht ein Teufelskreislauf der blinden, wahllosen Rache. Die Eskalation der Gewalt führt nicht zu Frieden, sondern immer weiter fort von einem Frieden in der Region. Wir rufen dazu auf, endlich Wege zu finden, die sich immer wiederholende Gewalt zu durchbrechen. Dazu gehört auch die Ursachen des Konfliktes sowie den Kontext klar zu benennen, um die Wurzeln des Konfliktes bearbeiten zu können.

An dieser Stelle gibt es keine politische Analyse, sondern einen Aufruf zur Menschlichkeit. Wir möchten der Entmenschlichung entgegenwirken. Denn die größten Leidtragenden sind wie immer die Zivilist*innen. Ihnen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität – in Israel und Palästina. Gerade deswegen ist es wichtig, Räume des Dialogs aufrechtzuerhalten.

Unser Standpunkt ist hierbei eindeutig: Jeder Mensch hat ein Leben in Sicherheit und Freiheit verdient. Dies ist nicht der Zeitpunkt, um das Leid der einen oder anderen Seite zu instrumentalisieren. An dieser Stelle möchten wir die israelisch-palästinensische Organisation „Parents Circle – Families Forum“ zitieren, die wichtige Friedensarbeit über Konfliktlinien hinweg leistet: „Worte allein können zwar nicht die Wunden heilen oder die verlorenen Menschenleben zurückbringen, aber sie können uns an unsere gemeinsame Verantwortung erinnern, diesen Kreislauf der Gewalt zu beenden.“ In dieser Organisation haben sich über 600 israelische und palästinensische Familien zusammengeschlossen, die alle Angehörige durch den Konflikt verloren und sich gegen Rache und für den Weg der Versöhnung entschieden haben. Diesen wichtigen Stimmen gilt es in den aktuellen Zeiten zuzuhören.

Uns bestürzt, dass jüdische Einrichtungen auf aller Welt und auch in Deutschland nun vermehrten Schutz vor antisemitischen Angriffen bedürfen.

Außerdem gilt es einen kritischen Umgang mit den sozialen Medien zu entwickeln. Bevor Dinge und Botschaften geteilt werden, gilt es zu hinterfragen, welche Quellen dahinterstecken, um das Verbreiten von Falschinformationen zu vermeiden. Hass und menschenfeindlichen Diskursen muss sich entschieden entgegengestellt werden. Dialogbereitschaft und Empathie für den Schmerz der Betroffenen müssen gefördert werden.